Presseinformation

Übersandt mit der freundlichen Bitte um Veröffentlichung.

Dortmund, 11. September 2014

Ver.di spitzt Tarifstreit ebenso voreilig wie überflüssig zu:

Resonanz auf Ver.di-Streikaufruf bleibt hinter Erwartungen zurück

Dortmund. Der Streikaufruf der Gewerkschaft Ver.di für Freitag, den 12.09.2014 findet offenbar nicht den erwarteten Anklang. Nur in 7 von 61 Altenpflegeheimen mussten Notdienstpläne aufgestellt werden. Von den über 300 Kindertagesstätten bleiben nur 31 geschlossen, die Eltern wurden informiert.

Im Zuge der laufenden Tarifverhandlungen hat die Gewerkschaft Ver.di ausgerechnet die Mitarbeiter in 61 Altenpflege-Einrichtungen und über hundert Kindertagesstätten der AWO in den Regierungsbezirken Arnsberg und Münster zu flächendeckenden Warnstreiks aufgerufen. Beteiligen werden sich deutlich weniger; und für die betroffenen Einrichtungen sind Notvereinbarungen abgeschlossen worden.

Mindestbetreuung für Altenheime und Kitas sichergestellt

Für die Bewohnerinnen und Bewohner ist danach selbstverständlich eine Mindestbetreuung (wie an Sonn- und Feiertagen) sichergestellt. Bei den betroffenen Kindergärten werden Notgruppen eingerichtet. Betroffene und Angehörige informiert die AWO über die jeweiligen Einrichtungsleitungen.

Die geringe Resonanz ist offenbar nach Auskunft von Mitarbeitern zum einen darauf zurückzuführen, dass Ver.di zu einem außergewöhnlichen Zeitpunkt in die Warnstreiks einsteigt: Erst in der Nacht vor dem ersten Verhandlungstag am vorigen Donnerstag (4. September) leitete Ver.di die Tarifforderungen an den AWO-Arbeitgeberverband weiter. Zwar wurde schnell deutlich, dass die AWO die Forderungen nicht akzeptieren kann: Sie liegen mit einem verlangten realen Plus von bis zu 10,3 Prozent je nach Lohn- und Gehaltsgruppe überaus deutlich über den Abschlüssen des öffentlichen Dienstes und sind ohnehin nicht zu refinanzieren. Ver.di ließ der Ar-

**Bezirksverband
Westliches Westfalen e.V.**

Geschäftsführer Wolfgang Altenbernd
Redaktion: Jörg Richard
Kronenstr. 63 – 69
44139 Dortmund
Tel.: (02 31) 54 83-186
Fax: (02 31) 54 83-189

Presseinformation

Übersandt mit der freundlichen Bitte um Veröffentlichung.

beitgeberseite aber nicht einmal Zeit, ein Gegenangebot zu formulieren – kündigte aber schon am Donnerstagabend Warnstreik-Aktionen an.

Dritter freier Tag für Gewerkschafter ärgert Nichtmitglieder

Zudem beklagen Nicht-Gewerkschafter den Umstand, dass Ver.di einen dritten freien Tag pro Jahr für Gewerkschaftsmitglieder fordert. Denn diese Forderung, ausgerechnet auf Platz 1 der Forderungsliste präsentiert, geht nach Auffassung vieler AWO-Beschäftigter zu Lasten der Gesamt-Verhandlungsmasse.

Der AWO-Bezirksverband Westliches Westfalen hält die Warnstreiks ohnedies für eine „völlig überflüssige Zuspitzung mit überraschend aggressivem Charakter“, so Geschäftsführer Wolfgang Altenbernd. „Dass die zum Teil auch noch auf dem Rücken von alten und zum Teil pflegebedürftigen Menschen stattfinden“, sei inakzeptabel. „Der Anstand hätte es überdies geboten, erst einmal die Position der nordrhein-westfälischen AWO-Arbeitgeber anzuhören.“

Der Geschäftsführer des Bezirksverbandes geht davon aus, dass die Arbeitgeberseite konstruktive Gegenvorschläge rechtzeitig zur nächsten Verhandlungsrunde Ende September vorlegen wird. „Und da geht es erst richtig ins Eingemachte und an die Details einer konstruktiven Tariflösung, an der selbstverständlich auch die Arbeitgeber ein Interesse haben. Schließlich sind nur angemessen entlohnte Mitarbeiter auch motivierte Mitarbeiter.“

An alle Lokalredaktionen im Ennepe-Ruhr-Kreis
sowie
Radio Ennepe-Ruhr

Tarifrunde 2014
Überzogene Forderungen schüren Konflikt
Nur mäßige Beteiligung an Warnstreik im EN-Kreis

Ennepe-Ruhr-Kreis

„Zunächst die gute Nachricht“, zeigt sich AWO Geschäftsführer Jochen Winter erleichtert, „es wird keinen Betreuungsnotstand in den Gesundheits- und Sozialeinrichtungen der AWO im Ennepe-Ruhr-Kreis geben“. Die Gewerkschaft ver.di hatte alle Mitarbeiter/innen des Sozialverbandes für Freitag, 12. September 2014, zu einem ganztägigen Warnstreik aufgerufen. Die Resonanz ist eher gering ausgefallen. „Trotz des hohen gewerkschaftlichen Organisationsgrades – die AWO ist ja selbst Kind der Arbeiterbewegung – beteiligen sich nur ca. 85 Mitarbeiter/innen des AWO Unterbezirks EN an der Arbeitsniederlegung, das sind bei insgesamt 900 hauptamtlich Beschäftigten nicht einmal 10%“, so Winter weiter. Alle drei Werkstätten (40 Streikende), alle Wohnhäuser für Menschen mit Behinderung (6 Streikende) bleiben geöffnet. Alle Offenen Ganztagschulen bieten uneingeschränkte Betreuung (0 Streikende) an, kreisweit.

Die 22 Kindertageseinrichtungen und Familienzentren sind nur geringfügig im Betrieb eingeschränkt (39 Streikende/siehe beigefügte Übersichtsliste).

Der Freizeit-, Kur- und Erholungsbereich, die Verwaltung, Beratungsstellen (Sucht, Drogen, Migranten), Sozialstation sind nicht betroffen. Die RaBe-Frühförderstellen fast nicht (1 – 2 Streikende), Arbeits- und Qualifizierungsmaßnahmen, Jugendhilfeeinrichtungen, Ausbildungs- und Schulangebote (0 Streikende) laufen am Freitag ohne jede Einschränkung weiter.

„Vielleicht haben unsere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter auch ein feines Gespür, wo berechnete Forderungen enden und unangemessene Machtdemonstrationen und Drohgebärden ins Spiel kommen“.

Erst in der Nacht vor der ersten Verhandlungsrunde am 04. September 2014 wurden den AWO Arbeitgebern die Forderungen präsentiert, bislang wurde nicht einmal Zeit gelassen, ein fundiertes Gegenangebot zu unterbreiten. Umgehend spitzte ver.di die Auseinandersetzung zu. Der Warnstreik war offenbar völlig unabhängig vom Verhalten der Vertreter des Arbeitgeberverbandes bereits beschlossene Sache und bis ins Detail geplant.

Sicher ist, dass die ver.di-Forderungen einer Zulage zwischen 5,2 und 10,3%, je nach Gehaltsgruppe, überzogen und unbezahlbar sind. Das ist deutlich höher, als der Abschluss im Öffentlichen Dienst und kann aus den Zuwendungen der öffentlichen Hand bzw. der Sozialkassen nicht finanziert werden. Die zugebilligten Steigerungen liegen bei jährlich maximal 2,5%. Im Kindergartenbereich nur bei 1,5%. „Hier tut sich eine Schere auf, die wir als AWO nicht schließen können“, wirbt der AWO Geschäftsführer um Verständnis. Überdies will ver.di neben anderen Zusatzleistungen eine unverantwortliche Privilegierung für Gewerkschaftsmitglieder erpressen. Drei zusätzliche Urlaubstage nur für ver.di-Mitglieder

Pressemitteilung

Arbeiterwohlfahrt
Unterbezirk Ennepe-Ruhr
Neustraße 10
58285 Gevelsberg
E-Mail: info@awo-en.de

Gevelsberg, 11.09.14
Seite 2 von 2

widerspricht dem Gleichbehandlungsgrundsatz, den Gewerkschafter und Betriebsräte an anderer Stelle immer wieder vehement einfordern.

Die AWO wird alles daran setzen, die Folgen der Warnstreiks auf ein Mindestmaß zu reduzieren. Wir bauen darauf, den Tarifstreit zu entschärfen und eine für beide Seiten tragbare Kompromisslinie zu finden.

Presseinformation

Übersandt mit der freundlichen Bitte um Veröffentlichung.

Dortmund, 9. September 2014

AWO-Arbeitgeber irritiert durch aggressiven Auftritt:

Geht es Ver.di bei Tarifverhandlungen um die AWO-Mitarbeiter oder um mehr Einfluss?

Dortmund. Geht es der Dienstleistungsgesellschaft Ver.di bei den gerade angelaufenen Tarifverhandlungen mit der Arbeiterwohlfahrt in NRW um die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter – oder eher um mehr gewerkschaftlichen Einfluss? Diese Frage stellten sich zum Wochenende die Geschäftsführer der zehn Unterbezirke, die in der Dortmunder Zentrale über den Stand der Verhandlungen unterrichtet wurden.

„Da soll Stimmung gemacht werden“, kommentierte ein Teilnehmer der Runde den ungewöhnlich aggressiven Gewerkschaftsauftritt. Und dieser Eindruck nährte sich gleich aus mehreren Tatsachen:

- Am Donnerstag begannen die Tarifverhandlungen in Düsseldorf. Das Forderungspaket übersandte die Gewerkschaft den Arbeitgebern – ungewöhnlich genug – aber erst in der Nacht zuvor. Das hinderte die Ver.di-Vertreter nicht daran, sich schon Stunden später über das fehlende Gegenangebot der Arbeitgeber zu beklagen.
- In dem Ver.di-Forderungskatalog taucht als *erste und damit wichtigste Forderung* auf, Ver.di-Mitgliedern drei freie Tage für Gewerkschaftsmitgliedschaft einzuräumen und damit einen freien Tag mehr als bisher – „weil Gewerkschaftsarbeit sich lohnt“, so die Begründung der Gewerkschaft.
- Flugblätter, die Ver.di im Vorfeld der Tarifverhandlungen unter ihren Mitgliedern verteilen ließ, tragen den Titel: „Tariffragen sind Machtfragen“.
- Obwohl der AWO bislang noch nicht einmal die Gelegenheit gegeben wurde, den Ver.di-Forderungskatalog im Detail zu prüfen (geschweige ein eigenes Arbeitgeber-Angebot vorzulegen), bereitet die Gewerkschaft für den Freitag dieser Woche bereits Warnstreiks in den AWO-Einrichtungen im Kreis Recklinghausen vor – ein restlos unübliches Verfahren bei Tarifverhandlungen.

**Bezirksverband
Westliches Westfalen e.V.**

Geschäftsführer Wolfgang Altenbernd
Redaktion: Jörg Richard
Kronenstr. 63 – 69
44139 Dortmund
Tel.: (02 31) 54 83-186
Fax: (02 31) 54 83-189

Presseinformation

Übersandt mit der freundlichen Bitte um Veröffentlichung.

Gewerkschaftszugehörigkeit soll „vergoldet“ werden

„Wer eine Tarifauseinandersetzung zu einer Machtfrage stilisiert und auch so agiert, der muss sich fragen lassen, ob es wirklich um die Beschäftigten geht oder um den Einfluss der Gewerkschaft auf unsere Einrichtungen“, bedauert Wolfgang Altenbernd, Geschäftsführer des AWO-Bezirks Westliches Westfalen. Ein schlichtes Unding sei es aus Sicht der AWO, den Ver.di-Mitgliedern ihre Gewerkschaftszugehörigkeit durch gleich drei freie Tage pro Jahr „zu vergolden“. Die Gewerkschaftsmitgliedschaft habe schließlich wenig mit dem Einsatz der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter an ihrem Arbeitsplatz in den rund tausend Einrichtungen der Arbeiterwohlfahrt in den Regierungsbezirken Arnsberg und Münster und einer gerechten Bezahlung zu tun. Bei der Geschäftsführer-Konferenz am Wochenende tauchte denn auch die Frage auf, ob die Schärfe in der Ver.di-Verhandlungsführung möglicherweise nur dazu dienen sollte, die Mitgliederzahlen zu stabilisieren und den Gewerkschaftseinfluss auszubauen.

Die Arbeiterwohlfahrt als Arbeitgeber, so kündigte Wolfgang Altenbernd an, werde sich jedenfalls weiterhin für eine sachorientierte und zugleich transparente Verhandlungsführung einsetzen: „Das sind wir den 17.000 Beschäftigten im Bezirk Westliches Westfalen schuldig.“

Dortmund, 9. September 2014

Tarifverhandlungen: Arbeitgeber AWO macht Positionen transparent

Liebe Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter,
am Donnerstag (4. September 2014) haben die Dienstleistungsgewerkschaft Ver.di und der Arbeitgeberverband der Arbeiterwohlfahrt die Verhandlungen um den Gehaltstarif der rund 35.000 Beschäftigten in unserem Bundesland aufgenommen. Die Gewerkschaft hatte den Tarifvertrag zum 31. Juli gekündigt. Angesichts der ungewöhnlichen Schärfe, mit der die Gewerkschaftsvertreter ihre Forderungen vorgetragen haben, wird der AWO-Bezirksverband Westliches Westfalen die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in seiner Zuständigkeit ab sofort in unregelmäßigen Abständen über den Fortgang der Verhandlungen informieren. Dabei setzen wir auf Sachlichkeit und ein Höchstmaß an Transparenz.

Tarif an Abschlüssen des öffentlichen Dienstes orientieren

Die Arbeitgeber haben zum Auftakt der Verhandlungen noch kein eigenes Angebot vorlegen können, weil die Gewerkschaftsforderungen leider erst in der Nacht auf Donnerstag zugeleitet wurden. Die AWO vertritt aber grundsätzlich den Standpunkt, dass die Löhne und Gehälter nicht zuletzt mit Blick auf die Attraktivität der Berufe in der Sozialwirtschaft angepasst werden sollen und sich die Ergebnisse der laufenden Tarifverhandlungen an den Abschlüssen des öffentlichen Dienstes orientieren sollten. Außerdem weisen die AWO-Arbeitgeber darauf hin, dass die Abschlüsse zwingend an den besonderen Finanzierungsbedingungen der rund tausend Einrichtungen im Bezirk Westliches Westfalen orientiert werden müssen. Das bedeutet: Tarifsteigerungen können nicht unmittelbar auf die Preise umgelegt werden. Vielmehr muss die Refinanzierung in weiteren Verhandlungen mit den öffentlichen Zuschussgebern bzw. den Sozialkassen verhandelt werden. Und diese Verhandlungen wiederum unterliegen anderen Zeitrhythmen. Auf der folgenden Seite wollen wir die am Donnerstag vorgelegten Ver.di-Forderungen kurz in einer ersten Stellungnahme beleuchten.

Mit herzlichen Grüßen

Ihr Wolfgang Altenbernd

- Geschäftsführer AWO-Bezirksverband Westliches Westfalen -

Herzlichst

**Bezirksverband
Westliches Westfalen e.V.**

Geschäftsführer Wolfgang Altenbernd
Redaktion: Jörg Richard
Kronenstr. 63 – 69
44139 Dortmund
Tel.: (02 31) 54 83-186
Fax: (02 31) 54 83-189

Newsletter des AWO-Bezirksverbandes Westliches Westfalen zu den laufenden Tarifverhandlungen

Ver.di-Forderung	Das sagen wir dazu
3 freie Tage pro Jahr nur für Ver.di-Mitglieder, weil Gewerkschaftsarbeit sich lohnt	Wir wundern uns, dass diese Forderung auf Platz 1 steht. Wir sind überzeugt, dass sich ein leistungsgerechter Tarif nicht an der Gewerkschaftszugehörigkeit orientieren kann.
Monatsentgelte um 100 Euro erhöhen und dann 3,5 Prozent oben drauf	Der neue AWO-Tarif in NRW muss sich an den Tarifabschlüssen des öffentlichen Dienstes und an den besonderen Finanzierungsbedingungen der Sozialwirtschaft (laufende Verträge mit öffentlichen Zuschussgebern bzw. Sozialversicherungsträgern) orientieren. Summiert laufen aber allein die unmittelbaren Lohn- und Gehaltsforderungen auf einen realen Zuschlag von zwischen 5,2 und 10,3 Prozent (durchschnittlich 7,5 Prozent) je nach Eingruppierung hinaus.
30 Tage Urlaub pro Jahr für alle	Zusätzliche Urlaubstage kosten Geld und führen zu einer Leistungsverdichtung, die wir nicht für gut heißen.
Zahlung einer monatlichen Zulage in Höhe von 150 Euro für alle pädagogischen Fachkräfte, die in der Entgeltgruppe 6 eingruppiert sind	Forderungen für Sonderregelungen für einzelne Tarifgruppen erschweren die Gesamtverhandlungen.
Erhöhung der Azubi-Vergütungen um 100 Euro monatlich und Übernahme nach der Ausbildung	Eine automatische Übernahme kann es nicht geben, wenn wir eine bedarfs- und leistungsgerechte Sozialwirtschaft sicherstellen wollen.
Laufzeit des Tarifvertrages: 12 Monate	Angesichts der anstehenden Verhandlungen mit den öffentlichen Zuschussgebern bzw. Sozialversicherungen zur Refinanzierung des neuen Tarifs ist eine längere Laufzeit notwendig.

Die AWO-Arbeitgeber werden die Forderungen in den kommenden Tagen eingehend prüfen und eine eigene differenzierte Position entwickeln und in einem Gegenangebot vorlegen. Die Tarifverhandlungen werden Ende des Monats September fortgesetzt.

Es ist bedauerlich, dass Ver.di schon zum jetzigen Zeitpunkt Warnstreiks angekündigt hat – ohne dass es aus Sicht der Arbeitgeberseite auch nur zu einer Konfrontation oder gar Verhärtung der Positionen gekommen ist.

Warnstreiks in den AWO-Einrichtungen Gewerkschaft eskaliert ohne Not

Liebe Bewohnerinnen und Bewohner, sehr geehrte Angehörige, die Gewerkschaft Ver.di hat im Zuge der laufenden Tarifverhandlungen zu flächendeckenden Warnstreiks am 12. September 2014 auch in unseren Seniorenzentren aufgerufen. Dies ist bislang ohne Beispiel: Denn erst in der Nacht vor der ersten Verhandlungsrunde am 4. September 2014 wurden dem AWO-Arbeitgeberverband die Forderungen präsentiert. Bislang war nicht einmal Zeit, ein fundiertes Gegenangebot zu unterbreiten. Trotzdem spitzt Ver.di die Auseinandersetzung schon weit vor dem zweiten Verhandlungstag, bei dem es erst Ende September ins Konkrete geht, zu – und das auch noch zu Lasten von Menschen, die eigentlich die Solidarität der Gemeinschaft brauchen.

Sicher ist, dass die AWO engagierte und gut qualifizierte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter hat – dies erleben Sie jeden Tag. Diese haben bei uns gute Beschäftigungsbedingungen wie zum Beispiel eine zusätzliche Rentenversicherung. Selbstverständlich wird die AWO der

Gewerkschaft auch eine angemessene Erhöhung der Löhne und Gehälter anbieten.

Sicher ist aber auch, dass die Verdiforderungen überzogen und unverantwortlich sind. Denn: Die Gewerkschaft will real eine Zulage zwischen 5,2 und 10,3 Prozent je nach Gehaltsgruppe, wenn zu den verlangten 3,5 Prozent weitere von der Gewerkschaft aufgelistete Finanzforderungen addiert werden. Das ist aus den gültigen Pflegesätzen, die wir mit den Pflegekassen verhandeln konnten und die in der Vergangenheit um jährlich nur rund zwei Prozent gestiegen sind, nicht zu finanzieren. Setzt sich die Gewerkschaft durch, wird das zu einer erheblichen Mehrbelastung bei den Pflegesätzen und einer deutlichen Arbeitsverdichtung führen.

Überdies verlangt Ver.di eine Fülle von Zusatzleistungen – bis hin zu drei freien Tagen nur für Mitglieder der Gewerkschaft. Dies ist für uns überhaupt nicht nachvollziehbar! Wir wollen alle Beschäftigten gerecht und gleich behandeln – dafür braucht man keine „3 Tage Zusatzurlaub“ nur für Ver.di Mitglieder.

Die Mindestbetreuung ist überall gewährleistet

Wir setzen alles daran, die Folgen der Warnstreiks aufzufangen! Das bedeutet konkret:

Für die Bewohnerinnen und Bewohner ist selbstverständlich eine Mindestbetreuung (wie an Sonn- und Feiertagen) sichergestellt. Hierzu haben wir mit der Gewerkschaft eine Notdienstvereinbarung abgeschlossen.

Ihre AWO setzt alles daran, die Folgen der Warnstreiks auf ein Mindestmaß zu reduzieren! Trotzdem werden sie natürlich spürbar sein.

Dafür bitten wir sehr herzlich um Ihr Verständnis. Wir bauen darauf, den Tarifstreit zu entschärfen und natürlich so schnell wie möglich zu beenden.

Ihre AWO-Einrichtungen im Bezirksverband Westliches Westfalen

Presseinformation

Übersandt mit der freundlichen Bitte um Veröffentlichung.

Dortmund, 4. September 2014

Reales Tarifplus von bis zu 10,3 Prozent verlangt:

Ver.di bringt ungewöhnliche Schärfe in angelaufene Tarifverhandlungen

Dortmund. Die Tarifforderungen, mit denen die Dienstleistungsgesellschaft Ver.di die Arbeiterwohlfahrt in Nordrhein-Westfalen konfrontierte, sprengen jeden Rahmen. Denn zu dem angekündigten Plus von 3,5 Prozent verlangt die Gewerkschaft gleich eine Fülle weiterer Leistungen. Summiert laufen allein die unmittelbaren Lohn- und Gehaltsforderungen auf einen realen Zuschlag von durchschnittlich 7,5 Prozent je nach Eingruppierung hinaus. „Und das liegt weit über den sonstigen Tarifabschlüssen in diesem Jahr“, sagt Wolfgang Altenbernd, Geschäftsführer des AWO-Bezirksverbandes Westliches Westfalen.

Die gestern bei der ersten Verhandlungsrunde vorgelegten Forderungen im Ausschnitt:

- Ver.di will die Monatsentgelte um pauschal 100 Euro und zusätzlich um 3,5 Prozent erhöhen.
- Zugleich soll eine weitere Zulage von 150 Euro für alle pädagogischen Fachkräfte in speziellen Entgeltgruppen gezahlt werden.
- Ebenfalls um 100 Euro sollen laut Ver.di die Azubi-Vergütungen steigen – mit der zusätzlichen Forderung, alle Auszubildenden automatisch in eine Dauerbeschäftigung zu übernehmen.
- Der Tarifurlaub soll für alle Mitarbeiter auf 30 Tage pro Jahr angehoben werden.
- Überdies will die Gewerkschaft nur einen Tarifvertrag mit einer Laufzeit von einem Jahr abschließen, der dem AWO-Bezirksverband jede mittelfristige Planungssicherheit nehmen würde und schon deshalb inakzeptabel ist.

AWO: Forderungen gehen weit über das Leistbare hinaus

„Der Ver.di-Forderungskatalog geht weit über das Leistbare und auch über den letzten Abschluss im Öffentlichen Dienst hinaus“, kommentiert Wolf-

Presseinformation

Übersandt mit der freundlichen Bitte um Veröffentlichung.

gang Altenbernd. Da sei jede Verhältnismäßigkeit verletzt – zumal die AWO ihren Beschäftigten ohnehin vergleichsweise gute Arbeits- und Tarifbedingungen biete. Über eine prozentuale Anhebung der Löhne und Gehälter sei zu sprechen – aber da sprengt schon der jetzt verlangte Rahmen die Möglichkeiten des Wohlfahrtsverbandes und seiner vielen sozialwirtschaftlichen Einrichtungen im westlichen Westfalen.

Umso unverständlicher sei die Ankündigung der Gewerkschaft, bereits nach der ersten Verhandlungsrunde in erste Warnstreiks eintreten zu wollen. Die sollen bereits in der kommenden Woche beginnen, wurde gestern laut – und dann möglicherweise auch so sensible Bereiche wie die Altenpflege und die Kindertagesstätten treffen.

„Selbst wenn wir auf die Forderungen eingehen würden, wir könnten sie beim besten Willen nicht refinanzieren“, betont Wolfgang Altenbernd: Denn die Finanzierung der AWO-Einrichtungen und -Angebote hängt bekanntlich ab von Kostenträgern wie den Sozialkassen sowie öffentlichen Zuschussgebern, die selbst jeden Euro zweimal umdrehen müssen. Sie unterliegt einem anderen Verhandlungszyklus – und das Plus lag da in den vergangenen Jahren lediglich bei durchschnittlichen 2,5 Prozent. Wenn die Gewerkschaftsforderung jetzt real zwischen 5,2 und 10,3 Prozent liege, zwingt Ver.di die AWO im westlichen Westfalen, entweder sehenden Auges in die Überschuldung zu gehen oder die Leistungen der rund 17.000 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in den Regierungsbezirken Arnsberg und Münster weiter zu verdichten. „Das kann aber weder im Interesse der Beschäftigten noch der Kinder, Pflegebedürftigen und Senioren liegen, die allzu häufig existentiell auf die Leistungen der AWO angewiesen sind.“

Presseinformation

Übersandt mit der freundlichen Bitte um Veröffentlichung.

Dortmund, 3. September 2014

Am Donnerstag beginnen die Tarifverhandlungen:

AWO-Bezirk appelliert an Ver.di: Sozialwirtschaft nicht überfordern

Dortmund. Verbesserungen bei den Löhnen und Gehältern führen zu mehr Attraktivität für die Berufsfelder in der Sozialwirtschaft. „Doch sie müssen auch durch die Einnahmen – sprich: die Zahlungen der öffentlichen Hand und der Sozialkassen für unsere Einrichtungen von der Kindertagesstätte bis hin zur Altenpflege gedeckt sein“, sagt Wolfgang Altenbernd, Geschäftsführer der Arbeiterwohlfahrt im Bezirk Westliches Westfalen, zum Auftakt der am Donnerstag (4. September) beginnenden Tarifverhandlungen für die rund 35.000 AWO-Beschäftigten in Nordrhein-Westfalen.

Besonderheit der Sozialwirtschaft: Sie kann Tarifsteigerungen nicht auf die Preise umlegen. Im Gegenteil: Mühsam und erst Monate später muss sie mit den öffentlichen Zuschussgebern bzw. den Sozialkassen verhandeln, um mindestens Teile refinanzieren zu können. Zwangsläufige Folge: Jedes Plus bei Löhnen und Gehältern, so sehr man es den Beschäftigten wünschen mag, geht zu Lasten der (ohnehin schmalen) Substanz oder führt zu Leistungsverdichtungen.

Vor diesem Hintergrund appelliert Wolfgang Altenbernd an die Dienstleistungsgewerkschaft Ver.di, keine überzogenen Forderungen zu präsentieren. Genau die droht dem Vernehmen nach: Denn neben einem Zuschlag von 3,5 Prozent bei den Arbeitsentgelten will Ver.di eine Reihe von Sonderzahlungen durchsetzen, die die Leistungskraft der Arbeiterwohlfahrt im Westlichen Westfalen (Regierungsbezirke Arnsberg und Münster) schlicht überfordern dürfte. „Deshalb haben wir die Bitte an die Beschäftigten ebenso wie an die Gewerkschaft, die Situation der Arbeitgeberseite im Auge zu behalten und Verantwortung zu zeigen.“ Bei vertretbaren Tarifforderungen könne es auch sehr schnell zu einem Abschluss kommen.

**Bezirksverband
Westliches Westfalen e.V.**

Geschäftsführer Wolfgang Altenbernd
Redaktion: Jörg Richard
Kronenstr. 63 – 69
44139 Dortmund
Tel.: (02 31) 54 83-186
Fax: (02 31) 54 83-189

Presseinformation

Übersandt mit der freundlichen Bitte um Veröffentlichung.

Die AWO betreibt im Bezirk Westliches Westfalen (Regierungsbezirke Arnsberg und Münster) eine Vielzahl von Einrichtungen mit den Schwerpunkten Ambulante Dienste, Ausbildung und Qualifizierung, Beratung, Bildung, Kindertagesstätten, Offene Ganztagschule, Pflege, Altenzentren sowie Werkstätten für Menschen mit Behinderungen. Allein in der Kinderbetreuung und Pflege sind annähernd zwei Drittel der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter tätig.